

**Antragsbuch mit den Kommentierungen
der Antragskommission für die
Kreisdelegiertenversammlung der
SPD Tempelhof-Schöneberg am 16.11.2024**

Inhaltsverzeichnis

B Bezirksbezogene Anträge **1**

1/11/2024	AG 60Plus Tempelhof-Schöneberg	
1/11/2024 Eine „Plauderbank“ für Tempelhof Schöneberg		
<i>Annahme (Konsens)</i>		1
2/11/2024	Jusos Tempelberg	
2/11/2024 Benedikt-Gambé-Straße und Charlotte-Rettig-Straße - Ehrung für zwei von den Nazis verfolgte Schöneberger*innen		
<i>Votum folgt am 16.11.2024</i>		3

L Anträge an den Landesparteitag **6**

1/11/2024	AG 60Plus Tempelhof-Schöneberg	
1/11/2024 Nichtinanspruchnahme von Mindestsicherungsleistungen		
<i>Annahme in der Fassung der Antragskommission (Konsens)</i>		6
2/11/2024	Abt. 7 - Schöneberg	
2/11/2024 Bekämpfung illegaler Autorennen und rücksichtsloser Raserei durch Beschlagnahme von dafür genutzten Fahrzeugen ermöglichen		
<i>Annahme in der Fassung der Antragskommission (Konsens)</i>		8
3/11/2024	Abt. 6 - Schöneberg-City	
3/11/2024 Beginn von Wahlkampfplakatierungen tagsüber statt nachts		
<i>Annahme in der Fassung der Antragskommission (Konsens)</i>		10
4/11/2024	Abt. 1 - Tempelhof	
4/11/2024 Arbeitsmigration erleichtern!		
<i>Votum folgt am 16.11.2024</i>		12
5/11/2024	Abt. 1 - Tempelhof	
5/11/2024 Finanzierung des Neubaus des Polizeiabschnittes 44 unverzüglich sicherstellen		
<i>Annahme (Konsens)</i>		14
6/11/2024	Abt. 1 - Tempelhof	
6/11/2024 Energiearmut bekämpfen - Stromspar-Check ausbauen und Stromfresser austauschen		
<i>Annahme (Konsens)</i>		16

B Bezirksbezogene Anträge

Antrag 1/II/2024

AG 60Plus Tempelhof-Schöneberg

Die KDV möge beschließen:

Empfehlung der Antragskommission

Annahme (Konsens)

Eine „Plauderbank“ für Tempelhof Schöneberg

1 Die SPD-Fraktion der Bezirksverordnetenver-
2 sammlung Tempelhof-Schöneberg wird auf-
3 gefordert sich dafür einzusetzen, dass eine
4 sogenannte „Plauderbank“ im Bezirk z.B. im
5 Bosepark aufgestellt wird. Diese Bank soll ein
6 offener Treffpunkt für Menschen sein, die sich
7 ein Gespräch wünschen oder bereit sind, mit
8 anderen ins Gespräch zu kommen.

9

10 Die „Plauderbank“ soll ein Beitrag gegen Ein-
11 samkeit und Isolation in unserem Bezirk sein,
12 indem sie eine einfache Möglichkeit bietet,
13 soziale Kontakte zu knüpfen und Gespräche
14 zu führen. Sie richtet sich an alle Menschen,
15 unabhängig von Alter, Geschlecht oder Her-
16 kunft, die den Wunsch haben, sich mit ande-
17 ren auszutauschen.

18

19 Die zuständige Bezirksverwaltung wird auf-
20 gefordert die Plauderbank in geeigneten Me-
21 dien bekannt zu machen.

22

23 Begründung

24 Eine „Plauderbank“ wird folgendes zu errei-
25 chen helfen:

26 Förderung sozialer Interaktionen: die Bank
27 bietet einen niederschweligen, offenen Treff-
28 punkt für alle, die ein Gespräch suchen.

29 Bekämpfung von Einsamkeit: Insbesondere
30 ältere Menschen oder Personen, die sich in
31 ihrer Umgebung isoliert fühlen, können hier
32 auf einfache Weise in Kontakt mit anderen
33 kommen.

34 Stärkung der Gemeinschaft: die Bank schafft
35 einen Raum für Begegnungen und Gesprä-
36 che und kann so zur Förderung des Gemein-
37 schaftsgefühls im Bezirk beitragen.

38 Einfach umsetzbar: Die Umsetzung erfordert
39 lediglich die Bereitstellung einer Bank sowie
40 die Anbringung eines Schildes mit der Auf-
41 schrift „Plauderbank“ und einer kurzen Erklä-

42 rung.

43

44 Wir schlagen vor, die Bank an einem gut fre-
45 quantierten Ort z.B. im Bosepark aufzustel-
46 len, der Platz sollte gut sichtbar und leicht
47 zugänglich sein, eventuell an einem Spazier-
48 weg.

Antrag 2/II/2024**Jusos Tempelberg****Die KDV möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Votum folgt am 16.11.2024****Benedikt-Gambé-Straße und Charlotte-Rettig-Straße - Ehrung für zwei von den Nazis verfolgte Schöneberger*innen**

1 Straßennamen dienen in unserer Gesell-
2 schaft in zweierlei Hinsicht als Wegweiser:
3 Zum einen helfen sie uns bei der geogra-
4 phischen Orientierung, zum anderen bei
5 der Orientierung in unserer Geschichte.
6 Straßen und Plätze werden explizit nach
7 bedeutenden Orten und Personen der Ver-
8 gangenheit benannt, um sie zu ehren. In
9 diesem Sinne sind Straßennamen Erinne-
10 rungsorte im öffentlichen Raum. Sie dienen
11 der Sichtbarmachung und besonderen
12 Hervorhebung vergangener Ereignisse und
13 Menschen im kollektiven Gedächtnis, das wir
14 als Gesellschaft teilen.

15

16 In Schöneberg erfahren eine solche Ehrung
17 die Augsburger Handelsfamilien Fugger und
18 Welser mit der Fugger- bzw. Welserstraße. Ab
19 dem 14. Jahrhundert stiegen die beiden Han-
20 delshäuser, mittels Ausbeutung natürlicher
21 Ressourcen und menschlicher Arbeit, zu zwei
22 der wohl einflussreichsten Handelsfamilien
23 Europas auf. Heute sind ihnen in Deutschland
24 insgesamt 22 Straßen gewidmet, was die Er-
25 innerung an sie am Leben hält und sie als ehr-
26 würdige und verdienstvolle Familien sichtbar
27 macht. Was dabei nicht zu sehen ist, sind
28 die kolonialen Verstrickungen beider Famili-
29 en. Ab dem 16. Jahrhundert beteiligten sich
30 die Fugger und Welser an den Anfängen der
31 Kolonisierung, indem sie Expeditionen und
32 Handelsfahrten finanzierten. So etablierten
33 sie jeweils gewinnreiche Handelsbeziehun-
34 gen zu europäischen Kolonialmächten, wie
35 Spanien und Portugal, und wurden zu wich-
36 tigen Handelspartner*innen: Die Fugger vor
37 allem für den Import von Edelmetallen, Per-
38 len, Gewürzen und Juwelen und die Welser
39 im Gewürz- sowie Zuckerhandel. Neben ihrer
40 Bereicherung am Kolonialhandel waren bei-

41 de Familien auch ganz konkret an der Aus-
42 beutung von Menschen aus kolonialisierten
43 Gebieten beteiligt. Beispielsweise wurden in
44 von den Fuggern finanzierten spanischen Erz-
45 bergwerken Zwangsarbeiter*innen aus kolo-
46 nialisierten Gebieten eingesetzt und auch die
47 Welser zwangen verschleppte und versklavte
48 Menschen auf Zuckerrohrplantagen für sich
49 zu arbeiten. Darüber hinaus waren die Wel-
50 ser ab den 1520er Jahren als Hauptakteure
51 an der Kolonialisierung Venezuelas beteiligt.
52 Zunächst durch eine umfängliche Finanzia-
53 rung des Vorhabens und später durch die ak-
54 tive Verschleppung und den Verkauf tausend-
55 er versklavter Personen. Sie profitierten von
56 Venezuela als Handelsstützpunkt und berei-
57 cherten sich an der Ausbeutung von Natur
58 und Menschen vor Ort.

59

60 Vor diesem Hintergrund ist es untragbar, die
61 beiden Familien, die durch die Ausbeutung
62 versklavter Menschen und natürlicher Res-
63 sourcen zu enormem Reichtum und Einfluss
64 gekommen sind, weiterhin in unserem Stadt-
65 bild zu ehren.

66

67 Wer sich wesentlich besser für eine solche Eh-
68 rung eignet, sind Benedikt Gambé und Char-
69 lotte Rettig. Die beiden Schöneberger Künst-
70 ler*innen lebten in der heutigen Fuggerstra-
71 ße 20 und waren Opfer der tödlichen Ras-
72 senpolitik der Nazis. Gambé war als Schlag-
73 zeuger im Kunst- und Kulturbetrieb des Wei-
74 marer Berlins fest verankert und trat bei-
75 spielsweise unter dem Künstlernamen James
76 Dixon in Bars und Clubs auf. Rettig war ei-
77 nige Jahre jünger als Gambé und durfte be-
78 reits keine Berufsausbildung mehr beginnen.
79 Denn mit der Machtübertragung an die Nazis
80 und Durchsetzung der rassenideologisch be-
81 gründeten Verfolgung Schwarzer Menschen,
82 wurde beiden ein Berufsverbot erteilt. So
83 waren sie gezwungen sich in der rassisti-
84 schen „Deutschen Afrika-Schau“ in stereo-
85 typisierenden Rollen darzustellen. Während
86 dies den beiden Künstler*innen kurzzeitig das
87 Überleben ermöglichte, diente es den Nazis
88 zur Verbildlichung und Verbreitung ihrer Ko-
89 lonialpropaganda. In den 1940er Jahren starb

90 Benedikt Gambé unter ungeklärten Umstän-
91 den in den sogenannte Wahrendorffschen
92 Kliniken in Niedersachsen. Charlotte Rettig
93 floh nach Kopenhagen und überlebte dort.
94 Seit August 2023 erinnern zwei Stolpersteine
95 in der Fuggerstraße 20 an die beiden Schöne-
96 berger*innen.

97

98 Mit der Umbenennung der Fuggerstraße und
99 der Welslerstraße in Benedikt-Gambé-Straße
100 und Charlotte-Rettig-Straße wird ein ehren-
101 werter Teil Schöneberger Geschichte sicht-
102 bar gemacht. Insbesondere die Erinnerung an
103 Schwarze Opfer der Nazis ist bislang kaum
104 in Deutschland etabliert, wobei der Umbe-
105 nennungsprozess die Chance breiter gesell-
106 schaftlicher Aufklärung über diesen Teil deut-
107 scher Gewaltgeschichte birgt. Diese Aufklä-
108 rung müsste Informationen über die deut-
109 sche Beteiligung am globalen Kolonialismus,
110 die nationalsozialistische Rassenpolitik und
111 ihre Folgen insbesondere für Schwarze Men-
112 schen sowie Kontinuitäten dieser Geschich-
113 te bis in die Gegenwart beinhalten. Außer-
114 dem sollte die Anwohner*innenschaft in den
115 Prozess involviert und für die Bedeutung von
116 Straßennamen sensibilisiert werden.

117

118 Deshalb fordern wir:

- 119 • die Umbenennung der Fuggerstraße
120 und der Welslerstraße in Benedikt-
121 Gambé-Straße und Charlotte-Rettig-
122 Straße.
- 123 • die Begleitung des Umbenennungspro-
124 zesses mit einem umfangreichen Bil-
125 dungsprogramm.

L Anträge an den Landesparteitag

Antrag 1/II/2024

AG 60Plus Tempelhof-Schöneberg

Die KDV möge beschließen:

Der Landesparteitag möge beschließen: Der Bundesparteitag möge beschließen:

Empfehlung der Antragskommission

Annahme in der Fassung der Antragskommission (Konsens)

Nichtinanspruchnahme von Mindestsicherungsleistungen

1 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefor-
2 dert, sich dafür einzusetzen, dass alle Neu-
3 bezieherinnen und -bezieher von Rentenlei-
4 stungen über die Anspruchsvoraussetzungen
5 zum Bezug von Wohngeld, Bürgergeld und
6 Sozialhilfe informiert werden.

7

8 Hierzu gehören insbesondere die Information
9 über die Einkommensvoraussetzungen, die
10 ggf. in Anspruch zu nehmenden Unterhalts-
11 verpflichteten und der Einsatz eigenen Ver-
12 mögens oder Grundbesitzes.

13

14 Die Information soll gleichzeitig mit dem
15 Rentenbescheid, in einem gesonderten
16 Schreiben, erfolgen und in leichter Sprache
17 verfasst sein.

18

19 Begründung

20 Im Armutsbericht des Paritätischen Wohl-
21 fahrtsverbandes vom März 2024 wird von
22 18,1% Rentnerinnen und Rentnern die in Ar-
23 mut leben gesprochen. Besonders auffällig ist
24 hierbei, dass die Quote bei Männern bei 15,1
25 und bei Frauen bei 19,4 liegt. Gleichzeitig ist
26 bemerkenswert, dass Studienergebnisse na-
27 he liegen, dass ca. 63% der Berechtigten be-
28 wusst Leistungen nicht in Anspruch nehmen
29 (ISG vom 29.01.2024).

30

31 Die AG60plus ist überzeugt, dass durch direk-
32 te Ansprache und Information die drei Haupt-
33 gründe für die Nichtinanspruchnahme, näm-
34 lich Komplexität des Antragsprozesses, ge-
35 ringes Anrechtsempfinden und Schamgefühl
36 überwunden werden könnten.

37

38 Im zweiten Symposium zum siebten Armuts-
39 und Reichtumsbericht der Bundesregierung

Besser über Sozialleistungen informieren

Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefor-
dert, sich dafür einzusetzen, dass alle Neube-
zieher*innen von Rentenleistungen über die
Anspruchsvoraussetzungen zum Bezug von
Wohngeld und Grundsicherung im Alter in-
formiert werden.

Hierzu gehören insbesondere die Information
über die Einkommensvoraussetzungen, die
ggf. in Anspruch zu nehmenden Unterhalts-
verpflichteten und der Einsatz eigenen Ver-
mögens und Grundbesitzes.

Die Information soll gleichzeitig mit dem
Rentenbescheid, in einem gesonderten
Schreiben erfolgen und in einfacher Sprache
verfasst sein.

40 am 09.02.2024 wurde durch das RWI-
41 Leibnitz-Institut für Wirtschaftsforschung
42 ausgeführt, dass in vielen Ländern versucht
43 wird durch zahlreiche Maßnahmen die Nicht-
44 inanspruchnahme von Mindestsicherungs-
45 leistungen zu reduzieren. „Erste Ergebnisse
46 deuten darauf hin, dass die Komplexität
47 des Antragsprozesses einerseits sowie ein
48 geringes Anrechtsempfinden andererseits
49 Hauptgründe für die Nichtinanspruchnahme
50 seien.“ Neben einigen anderen Maßnahmen
51 werden „Informationsinterventionen“ und
52 „proaktive Ansprache“ empfohlen.

53

54 Genau diese proaktive Ansprache kann mit
55 einem entsprechenden separaten Schreiben
56 zum Rentenbescheid zumindest begonnen
57 werden.

Antrag 2/II/2024**Abt. 7 - Schöneberg****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen: Der Bundesparteitag möge beschließen:****Bekämpfung illegaler Autorennen und rücksichtsloser Raserei durch Beschlagnahme von dafür genutzten Fahrzeugen ermöglichen**

1 Die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion
 2 und die sozialdemokratischen Mitglieder
 3 der Bundesregierung werden aufgefordert
 4 zu prüfen, ob und wie Kraftfahrzeuge und
 5 insbesondere Mietfahrzeuge bei illegalen
 6 Autorennen weitergehend beschlagnahmt
 7 werden können.

8

9 Begründung

10 Deutschland verzeichnet einen starken An-
 11 stieg illegaler Autorennen: Zwischen 2022
 12 und 2023 stiegen die Verdachtsfälle um 10,3 %
 13 auf 6.187. Besonders betroffen sind Bremen
 14 (+55,6 %), Mecklenburg-Vorpommern (+36 %)
 15 und Niedersachsen (+31,3 %). Illegale Rennen
 16 gefährden regelmäßig Menschenleben, wie
 17 tragische Fälle zeigen, bei denen Unbeteiligte
 18 getötet wurden.

19

20 Trotz verstärkter Polizeikontrollen und spe-
 21 zialisierter Einheiten reichen die aktuellen
 22 Maßnahmen nicht aus. Die Polizei kann
 23 bisher nur Fahrzeuge beschlagnahmen, die
 24 dem:der Täter:in gehören. Autovermietun-
 25 gen oder private Eigentümer:innen haben da-
 26 her wenig Anreiz, die Nutzung ihrer Fahrzeu-
 27 ge durch Dritte kritisch zu prüfen.

28

29 Dänemark hat 2021 ein Gesetz eingeführt,
 30 das die Beschlagnahme von Fahrzeugen
 31 nach illegalen Autorennen und stark über-
 32 höhten Geschwindigkeiten unabhängig von
 33 den Eigentumsverhältnissen erlaubt. Nach
 34 drei Jahren wurden fast 3.000 Fahrzeuge be-
 35 schlagnahmt. Dies hat die Verkehrssicherheit
 36 erhöht und zu einer Abschreckung beigetra-
 37 gen.

38

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der Antragskommission (Konsens)****Bekämpfung illegaler Autorennen und rücksichtsloser Raserei durch Einziehung von dafür genutzten Fahrzeugen ermöglichen**

Die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion und die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung werden aufgefordert zu prüfen, ob und wie Kraftfahrzeuge und insbesondere Mietfahrzeuge bei illegalen Autorennen weitergehend eingezogen werden können.

39 Deutschland sollte dieses erfolgreiche Modell
40 prüfen, um dem rücksichtslosen Verhalten im
41 Straßenverkehr wirksamer zu begegnen. Die
42 Straßenverkehrsregeln sollten insbesondere
43 bei der Gefährdung anderer Verkehrsteilneh-
44 mender konsequent durchgesetzt werden,
45 um die Sicherheit auf unseren Straßen zu ge-
46 währleisten und die Zahl der Opfer zu senken.

Antrag 3/II/2024**Abt. 6 - Schöneberg-City****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen:****Beginn von Wahlkampfplakatierungen tagsüber statt nachts**

1 Die Berliner SPD setzt sich auf allen rele-
 2 vanten politischen Ebenen für eine Ände-
 3 rung der gesetzlichen Vorschriften zum Be-
 4 ginn der Plakatierung vor Wahlen ein. Der
 5 Zeitpunkt, ab dem vor Wahlen Plakate im öf-
 6 fentlichen Bereich aufgehangen werden dür-
 7 fen, soll statt wie bisher um 00:00 Uhr nachts
 8 auf eine andere Tageszeit geändert werden,
 9 sodass die Plakatierung tagsüber bei Tages-
 10 licht beginnt. Dieser Zeitpunkt soll berlinweit
 11 einheitlich sein.

12

Begründung

14 Bisher dürfen Wahlplakate in Berlin 7 Wo-
 15 chen vor dem Wahltag aufgehangen werden.
 16 Diese Regelung führt dazu, dass es 7 Wo-
 17 chen vor jeder Wahl eine berlinweite Nacht-
 18 und-Nebel-Aktion gibt, bei der alle Parteien
 19 um 00:00 Uhr in der Nacht von Samstag auf
 20 Sonntag beginnen Wahlplakate im öffentli-
 21 chen Bereich aufzuhängen. Dieser Zustand ist
 22 so nicht länger haltbar und bedarf einer Än-
 23 derung.

24

25 In den letzten Jahren ist es selbst für größere
 26 SPD-Abteilungen immer schwieriger gewor-
 27 den, ausreichend Genoss*innen zu finden,
 28 um eine schweißtreibende Plakatierungsak-
 29 tion um 00:00 Uhr nachts personell stem-
 30 men zu können. Fällt die Aktion nachts aus
 31 und man beginnt erst am nächsten Tag mit
 32 der Plakatierung, sind die anderen Parteien
 33 häufig bereits zuvorgekommen und haben al-
 34 le möglichen Standorte für Plakate bereits be-
 35 legt.

36

37 Der weitaus wichtigere Grund für die Not-
 38 wendigkeit und Dringlichkeit einer Änderung
 39 der Uhrzeit für die Plakatierung ist jedoch
 40 die **SICHERHEIT unserer Genoss*innen**. Wir

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der Antragskommis-
 sion (Konsens)****Beginn von Wahlkampfplakatierungen tags-
 über statt nachts**

Die Berliner SPD setzt sich auf allen rele-
 vanten politischen Ebenen für eine Ände-
 rung der gesetzlichen Vorschriften zum Be-
 ginn der Plakatierung vor Wahlen ein. Der
 Zeitpunkt, ab dem vor Wahlen Plakate im öf-
 fentlichen Bereich aufgehangen werden dür-
 fen, soll statt wie bisher um 00:00 Uhr nachts
 auf eine andere Tageszeit geändert werden,
 sodass die Plakatierung tagsüber, sonntags, 7
Wochen vor der Wahl, bei Tageslicht beginnt.
 Dieser Zeitpunkt soll berlinweit einheitlich
 sein.

Begründung:

Bisher dürfen Wahlplakate in Berlin 7 Wo-
 chen vor dem Wahltag aufgehangen werden.
 Diese Regelung führt dazu, dass es 7 Wo-
 chen vor jeder Wahl eine berlinweite Nacht-
 und-Nebel-Aktion gibt, bei der alle Parteien
 um 00:00 Uhr in der Nacht von Samstag auf
 Sonntag beginnen Wahlplakate im öffentli-
 chen Bereich aufzuhängen. Dieser Zustand ist
 so nicht länger haltbar und bedarf einer Än-
 derung.

Der weitaus wichtigere Grund für die Not-
 wendigkeit und Dringlichkeit einer Änderung
 der Uhrzeit für die Plakatierung ist jedoch
 die Sicherheit der Plakatierenden. Wir erleben
 seit mehreren Jahren immer häufiger, dass
 politisch engagierte Menschen nicht nur ver-
 bal sondern immer häufiger sogar körperlich
 angegriffen werden. Unser Genosse Matthi-
 as Ecke beispielsweise wurde am 03.05.2024
 um 22:30 Uhr in Dresden beim Plakatieren
 für den SPD-Europawahlkampf brutal zusam-
 mengeschlagen und landete deswegen im
 Krankenhaus. Die Schuld für diesen feigen
 Angriff trägt selbstverständlich allein der Tä-
 ter, der fälschlicherweise offenbar auch noch

41 erleben seit mehreren Jahren immer häufi-
42 ger, dass politisch engagierte Menschen nicht
43 nur verbal sondern immer häufiger sogar
44 körperlich angegriffen werden. Unser Genos-
45 se Matthias Ecke beispielsweise wurde am
46 03.05.2024 um 22:30 Uhr in Dresden beim Pla-
47 katieren für den SPD-Europawahlkampf bru-
48 tal zusammengeschlagen und landete des-
49 wegen im Krankenhaus. Die Schuld für diesen
50 feigen Angriff trägt selbstverständlich allein
51 der Täter, der fälschlicherweise offenbar auch
52 noch angenommen hatte im Schutz der Dun-
53 kelheit unerkannt entkommen zu können.

54

55 Damit politisches Engagement in der SPD
56 (und auch in anderen demokratischen Partei-
57 en) für Menschen attraktiv ist, müssen wir die
58 Rahmenbedingungen auch entsprechend ge-
59 gestalten. Dazu gehört auch, dass wir mit Plaka-
60 tierungen nicht mitten in der Nacht beginnen
61 müssen.

angenommen hatte im Schutz der Dunkel-
heit unerkannt entkommen zu können.

Damit politisches Engagement für Menschen
attraktiv ist, müssen wir die Rahmenbedin-
gungen auch entsprechend gestalten. Da-
zu gehört auch, dass wir mit Plakatierungen
nicht mitten in der Nacht beginnen müssen.

Antrag 4/II/2024**Abt. 1 - Tempelhof****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen:****Arbeitsmigration erleichtern!**

1 Die Ampel-Koalition hat das Fachkräfteein-
2 wanderungsgesetz mit dem Ziel reformiert,
3 mehr Menschen aus Drittstaaten zur Aufnah-
4 me einer Erwerbsarbeit nach Deutschland zu
5 holen. Hintergrund der Reformbemühungen
6 war, dass fehlende Arbeits- und Fachkräf-
7 te die Deutsche Wirtschaft schon heute
8 belasten und das Wirtschaftswachstum
9 ausbremsen. Gleichzeitig ist Deutschland
10 für Fachkräfteeinwanderung bisher nicht
11 besonders attraktiv, was auch die Reform
12 der Ampel-Koalition bisher nicht maßgeblich
13 verbessert hat. Während der öffentliche
14 Diskurs zunehmend migrationskritisch ist,
15 sind die fehlenden Arbeitskräfte mittlerweile
16 wohlstandsgefährdend. Der Deutsche Ar-
17 beitsmarkt braucht nach Schätzungen des
18 Bundesagentur für Arbeit aus dem Jahr 2021
19 pro Jahr 400.000 Zuwanderer*innen. Es ist
20 daher dringend notwendig, nachzujustieren.
21 Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion auf,
22 sich für weitere Maßnahmen einzusetzen:

23

- 24 • Das deutsche System der Chancenkarte, mit dem Inhaber*innen ein einjäh-
25 riger Aufenthaltstitel zur Arbeitssuche
26 gewährt wird, muss reformiert werden.
27 Stattdessen ist nach kanadischem und
28 australischem Beispiel die Perspektive
29 auf einen dauerhafter Aufenthaltstitel
30 zu gewähren.
- 31 • Der bürokratische Aufwand für die An-
32 erkennung von Berufsabschlüssen ist
33 weiter abzubauen. Die Anforderungen
34 an die für das Anerkennungsverfahren
35 bei den zuständigen Stellen einzurei-
36 chenden Unterlagen sollten möglichst
37 einheitlich, transparent, mehrsprachig
38 und nach dem Prinzip gestaltet wer-
39 den: So wenig wie möglich und nur
40

Empfehlung der Antragskommission**Votum folgt am 16.11.2024**

41 so viel wie wirklich nötig. Insbesondere
42 die Nachweispflicht einer zwei-
43 jährigen, staatlich anerkannten Berufs-
44 ausbildung sowie von mindestens zwei
45 Jahren Erfahrung im angestrebten Be-
46 ruf sollte kritisch geprüft werden.

- 47 • Die zuständigen staatlichen Stellen
48 müssen personell besser ausgestattet
49 werden. Die derzeit zu lange Bearbei-
50 tungszeit für ein Arbeitsvisum schreckt
51 viele Einwanderungswillige ab und
52 belastet die Wirtschaft, die derzeit
53 trotz Jobzusage auf die Arbeitskraft
54 warten muss.

55

56 **Begründung**

57 Wird nachgereicht.

Antrag 5/II/2024**Abt. 1 - Tempelhof****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)****Finanzierung des Neubaus des Polizeiabschnittes 44 unverzüglich sicherstellen**

1 Die Senatsverwaltung für Inneres und für
2 Sport wird aufgefordert, gemeinsam mit der
3 Senatsverwaltung für Finanzen die Finanzie-
4 rung des Neubaus des Gebäudes des Polizei-
5 abschnittes 44 in der Götzestraße unverzüg-
6 lich sicherzustellen.

7

8 Falls als Ergebnis der laufenden Haushaltsbe-
9 ratungen die Maßnahme in die letzten Jah-
10 re des Finanzplans 2026 bis 2031 verschoben
11 werden sollte, haben die zuständige Senats-
12 verwaltung und das Berliner Immobilienma-
13 nagement BIM sofort eine alternative Pla-
14 nung mit dem Ziel einzuleiten, für ein Modell-
15 projekt für nachhaltige Infrastrukturprojekte
16 EU-Fördermittel zu erschließen.

17

18 Begründung

19 Die erforderlichen Mittel für die Neuerrich-
20 tung der Polizeidienststelle sind in der
21 Finanzplanung 2021 bis 2025 in Kapitel 1250,
22 Titel 70512 mit Gesamtkosten in Höhe
23 von 21,5 Mio. € ausgewiesen. Die erste Rate in
24 Höhe von 2 Mio. € hätte schon im laufenden
25 Jahr 2024 zur Verfügung stehen sollen, wie
26 aus einer Antwort des Senates auf eine Abge-
27 ordnetenanfrage vom 03.02.2022 hervorgeht
28 (Drucksache 19/10854).

29

30 Die sofortige Realisierung des Neubaus der
31 Polizeidienststelle ist dringlich und unab-
32 weisbar.

33

34 1. Wegen der baulichen Mängel sind die
35 Arbeitsbedingungen für die Polizeibe-
36 diensteten längst unzumutbar gewor-
37 den.

38 2. Der Abschnitt 44 ist für die Siche-
39 rung des Polizeipräsidiums, des
40 Landeskriminalamtes und des Terror-

41 Abwehrzentrums in der Ringbahn-
42 straße gegen Angriffe von außen
43 zuständig. Der unzureichende Stand
44 der Digitalisierung des bisherigen
45 Gebäudes stellt ein Sicherheitsrisiko
46 bei akuten polizeilichen Lagen dar.
47 Gleiches gilt in Bezug auf andere
48 Standorte der Kritischen Infrastruktur
49 im Zuständigkeitsbereich des A 44.

50 3. Ohne den Neubau des Polizeigebäudes
51 kann die „Rochade“ der anderen neu
52 zu errichtenden öffentlichen Einrich-
53 tungen Schwimmbad und Bibliothek
54 im Planungs-gebiet „Neue Mitte Tem-
55 pelhof“ nicht begonnen werden. Ohne
56 diese Baumaßnahmen kann wiederum
57 der Bau von 525 dringend benötigten,
58 bezahlbaren Wohneinheiten nicht rea-
59 lisiert werden.

60

61 Das Baurecht für die erste Baumaßnahmen
62 liegt längst vor; der Bebauungsplan 7-82b
63 wurde bereits am 18.07.2022 festgesetzt.

64

65 Eine Verschiebung der Maßnahme in die letz-
66 ten Jahre des Finanzplans 2026 bis 2031 wä-
67 re für die Polizeibediensteten des Abschnit-
68 tes 44 und die Anwohner der Neuen Mitte
69 Tempelhof nicht akzeptabel. Sollte dies je-
70 doch das Ergebnis der laufenden Haushalts-
71 verhandlungen sein, sollen die zuständige Se-
72 natsverwaltung und das Berliner Immobilien-
73 management sofort eine alternative Planung
74 für den Neubau des Gebäudes einleiten in
75 Form eines Modellprojektes für ein nachhal-
76 tiges Infrastrukturprojekt, das die Fördervor-
77 aussetzungen des EFRE-Programms für nach-
78 haltige Stadtentwicklung erfüllt.

Antrag 6/II/2024**Abt. 1 - Tempelhof****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)****Energiearmut bekämpfen - Stromspar-Check ausbauen und Stromfresser austauschen**

1 Wir fordern die sozialdemokratischen Mit-
2 glieder des Abgeordnetenhaus auf, beim
3 Senat darauf hinzuwirken, das Projekt
4 „Stromspar-Check“ finanziell besser zu un-
5 terstützen und auszubauen. Dabei sollen die
6 Berliner Standorte des Stromspar-Checks
7 finanziell und personell besser ausgestattet
8 werden, damit mehr Energiesparberatungen
9 durchgeführt werden können. Zudem soll
10 geprüft werden, ob neben Kühlgeräten auch
11 der Austausch eines weiteren energieineffi-
12 zienten Haushaltsgerätes finanziert werden
13 kann

14

15 Begründung

16 Durch die gestiegenen Energiepreise der letz-
17 ten Jahre sind immer mehr Bürger*innen von
18 Energiearmut betroffen. Insbesondere Haus-
19 halte mit wenig Einkommen, müssen sich
20 beispielsweise beim Jahresurlaub einschrän-
21 ken, um die gestiegenen Strom- oder Wär-
22 merechnungen. Zu Beginn des Jahres wurden
23 viele Mieter*innen in Berlin von hohen Heiz-
24 kostenabrechnungen bei Fernwärme über-
25 rascht. Zum Teil mussten Mieter*innen meh-
26 rere Tausend Euro nachzahlen. Die Ausläufer
27 der Energiepreiskrise sind daher längst nicht
28 überwunden. Und der Preisdruck wird durch
29 die notwendige Dekarbonisierung des Ener-
30 giesystems in den nächsten Jahren weiter zu-
31 nehmen. Daher ist es umso wichtiger, dass
32 die Energieeffizienz von Haushalten verbes-
33 sert wird. Da Mieter*innen keinen Einfluss
34 auf große Energiesparmaßnahmen wie Sa-
35 nierungen und Heizungswechsel haben, hilft
36 meist nur der Austausch von energiefres-
37 sendenden Geräten im Haushalt. Der Austausch
38 von alten Glühlampen, Duschköpfen, Wasser-
39 hähnen, alten Kühlgeräten oder Waschma-
40 schinen und Wäschetrockner kann mehrere

41 Hundert Euro im Jahr an Strom und Wär-
42 me einsparen. Durch effiziente Geräte sind
43 Haushalte zudem besser vor weiteren Ener-
44 giepreisanstiegen gewappnet. Vielen Haus-
45 halten mit wenig Einkommen, im Bürger-
46 geld oder in Rente fehlt es jedoch an den fi-
47 nanziellen Rücklagen, sich die effizientesten
48 und dadurch teuersten Geräte zu leisten. Ist
49 beispielsweise der Kühlschrank kaputt, wird
50 eher zu einem alten, gebrauchten und strom-
51 fressendem Kühlschrank gegriffen, da dieser
52 in der Anschaffung am günstigsten ist. Haus-
53 halte mit einem auskömmlichen Einkommen
54 haben diese Schwierigkeiten nicht. Eine sozi-
55 aldemokratische Klimapolitik muss diese Un-
56 gleichheiten auflösen.

57

58 Ein Projekt, welches seit 15 Jahren Haushal-
59 ten mit wenig Einkommen beim Energiespa-
60 ren unterstützt, ist der Stromspar-Check. Der
61 Stromspar-Check ist ein gemeinsames Ange-
62 bot des Deutschen Caritasverbandes e.V. und
63 des Bundesverbandes der Energie- und Kli-
64 maschutzagenturen Deutschlands (eaD) e.V..
65 Im Rahmen des Stromspar-Checks erhalten
66 Haushalte mit wenig Einkommen eine ziel-
67 gerichtete Energiesparberatung durch qua-
68 lifizierte Energiesparberater*innen. Die En-
69 ergiesparberater*innen sind dabei ehemali-
70 ge Langzeitarbeitslose, welche eine Beschäf-
71 tigung auf dem ersten Arbeitsmarkt erhal-
72 ten. Bei den Beratungen verteilen die Ener-
73 giesparhelfer*innen Sofortmaßnahmen wie
74 LED-Leuchten, Duschsparköpfe oder digita-
75 le Thermostate. Zusätzlich können Haushal-
76 te einen Gutschein zum Austausch eines in-
77 effizienten Kühlgerätes bekommen. Je nach
78 Haushaltsgröße zwischen 100 und 200 Euro.
79 Das Land Berlin verdoppelt diesen Gutschein
80 aus Landesmitteln.

81

82 In Berlin gibt es derzeit 10 Standorte und
83 30 Energiesparhelfer*innen. Durch die Ener-
84 giepreiskrise ist der Beratungsbedarf jedoch
85 stark angestiegen. Daher können in Berlin
86 nicht mehr allen betroffenen Haushalten ei-
87 ne Beratung angeboten werden. Auch wurde
88 die Beschäftigtenförderung auf Bundesebe-
89 ne gekürzt, sodass weniger Langzeitarbeits-

90 lose zur Ausbildung und Übernahme an den
91 Stromspar-Check vermittelt werden. Der Ber-
92 liner Senat soll sich daher dafür einsetzen,
93 dass verstärkt Langzeitarbeitslose eine feste
94 Anstellung im Berliner Stromspar-Check er-
95 halten können. Entsprechende Stellen sind fi-
96 nanziell zu fördern.

97

98 Es ist zwar zu begrüßen, dass Berlin den Aus-
99 tausch eines Kühlgerätes subventioniert, ein
100 Austausch von anderen Geräten ist jedoch
101 nicht möglich. Die Realität in den Haushal-
102 ten ist heterogen. So haben einige Haushal-
103 te bereits einen effizienten Kühlschrank, aber
104 noch eine alte stromfressende Waschmaschi-
105 ne oder einen Wäschetrockner. Daher sollte
106 der Berliner Zuschuss zum Kühlgerätetausch
107 flexibilisiert werden und ebenso den Tausch
108 von anderen Geräten ermöglichen. Wo es kei-
109 ne Bundesförderung gibt, sollte die Landes-
110 förderung entsprechend höher ausfallen.